

[Bilder einblenden](#)

## NETZEITUNG.DE

URL dieses Artikels: <http://www.netzeitung.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik/448209.html>

### «Die Branche gibt sich wie ein Staat im Staate»

26. Okt 08:20

**Das Oligopol auf dem Kraftwerkmarkt muss beseitigt werden, meint SPD-Energieexperte Kelber in der Netzeitung. Dafür sei aber keine Zerschlagung der Unternehmen erforderlich - sie würde vor Gericht sowieso nicht durchkommen.**

**Netzeitung:** *Der hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel denkt laut über die Zerschlagung der vier großen deutschen Stromkonzerne nach – anders lasse sich deren Marktmacht nicht mehr brechen. Herr Kelber, geht es auch eine Nummer kleiner, oder sind die Konzerne tatsächlich anders nicht mehr zu bremsen?*

**Ulrich Kelber:** Die Frage ist, wie lange sich Deutschland noch ein Oligopol leisten will. Die Stromkonzerne haben überzogen Renditeansprüche, und es mangelt an der Qualität.

**Netzeitung:** *Inwiefern fehlt es an der Qualität?*

**Kelber:** Weil es keinen Wettbewerb gibt, tun die Unternehmen zu wenig für die Kunden. Es gibt kaum Service, kaum Innovationen, und nur wenige Firmen bieten wie EnBW beispielsweise ihren Kunden Energieeffizienz-Programme.

Außerdem engagieren sich die Stromfirmen noch zu wenig für den Umwelt- und Klimaschutz. Gäbe es stärkeren Wettbewerb müssten sie sich mehr um solche weichen Themen kümmern, weil es im Wettbewerb nicht nur um den Preis geht und schon gar nicht um das Produkt, denn Strom ist Strom.

#### «Zu hohe Renditeansprüche»

**Netzeitung:** *Müssen die Unternehmen deshalb gleich zerschlagen werden?*

**Kelber:** Die Strombranche gibt sich wie ein Staat im Staate, deshalb ist ein Oligopol inakzeptabel. Die Stromerzeugung war zu lange nicht im Blickfeld.

**Netzeitung:** *... sondern stattdessen die Netze ...*

**Kelber:** Genau. Die Marktmacht der großen Erzeuger muss beschränkt werden. Mein Vorschlag ist – da folge ich dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – die drei größten dürfen zusammen nicht mehr als die Hälfte der Kraftwerkskapazitäten beherrschen, einer alleine darf nicht mehr als 25 Prozent kontrollieren.

#### Zwangsverkauf nicht gerichtsfest

**Netzeitung:** *Gilt das auch für Gas?*

**Kelber:** Ja.

**Netzeitung:** *Die drei größten halten derzeit mehr als die kritischen 50 Prozent. Was müsste passieren?*

**Kelber:** Ein Zwangsverkauf allein, wie Rhiel ihn vorschlägt, ist nicht gerichtsfest. Der erste Schritt muss sein, Nachteile für Wettbewerber abzubauen, und – wenn das nicht reicht – Wettbewerber zu bevorzugen. Auf einer dritten Stufe muss dann – wenn notwendig - die Marktmacht ausgehebelt werden. Es geht mir also nicht um Zerschlagung, sondern um Beschränkung von Marktmacht, auch ohne eigentumsrechtlich aktiv zu werden. Deutschland hat zu wenig Stromerzeugungskapazitäten, die Lücke soll deshalb hauptsächlich durch neue Wettbewerber geschlossen werden.

**Netzeitung:** *Wie lassen sich denn Konkurrenten bevorzugen?*

**Kelber:** Effiziente Kraftwerksanlagen – und das sind die jüngeren und neu geplanten – könnten mit Verschmutzungsrechten besser ausgestattet werden als veraltete und damit umweltverschmutzende Kraftwerke. Die Politik müsste außerdem von sich aus aktiv werden und passende Standorte für neue Kraftwerke ausweisen. Die guten

Standorte sind häufig von den Oligopolisten besetzt – ohne dass je ein Antrag gestellt wurde. Man könnte der Konkurrenz das Recht einräumen, diese Grundstücke zu kaufen, sofern die Besitzer nicht nachweisen, dass sie dort tatsächlich bauen werden. Außerdem könnte der Zugang zu den Netzen für neue Wettbewerber gesetzlich geregelt werden.

### **Kartellamt soll handeln**

**Netzeitung:** *Sie wollen die Marktmacht des Oligopos aushebeln, ohne die Firmen zu enteignen. Wie geht das?*

**Kelber:** Beispielsweise durch Zubauverbote oder durch Zwangsverkauf von Kraftwerksteilen.

**Netzeitung:** *Wer soll das entscheiden?*

**Kelber:** Das Kartellamt muss feststellen, ob die kritischen Grenzen überschritten werden. Glos hat für seinen Vorschlag die Missbrauchsaufsicht zu stärken, die volle Unterstützung der SPD. Die Entscheidung darüber, was im Missbrauchsfall zu tun ist, muss eine Aufsichtsbehörde treffen.

**Netzeitung:** *Die Strombranche behauptet, die Preise seien zu hoch, weil zu wenig Strom da ist. Hat sie da Recht?*

**Kelber:** Ja, das ist richtig, aber wir haben zu wenig Kapazitäten, weil wir ein Oligopol haben. Dafür gibt es einen einfachen Beweis.

### **Branche verknappt das Angebot**

**Netzeitung:** *Wie das?*

**Kelber:** RWE selbst wirbt vor Investoren damit, dass ihr Strom für weniger als 2,4 Cent je Kilowattstunde produziert, aber für mehr als fünf Cent verkauft wird. Der Grund: RWE brüstet sich im selben Vortrag damit, genügend Kapazitäten vom Markt genommen zu haben, um den Preis für den übrigen Strom an der Leipziger Strombörse EEX hinaufreiben zu können.

**Netzeitung:** *Warum leistet der Staat nicht selbst einen Beitrag und senkt die Steuern und Abgaben auf Strom durch Versteigerung von Verschmutzungsrechten?*

**Kelber:** Das bringt kaum etwas, weil die Firmen – solange es ein Oligopol gibt – die höheren Kosten auf die Kunden abwälzen oder die Steuerspielräume für höhere Renditen ausnutzen werden. Die bisher kostenlos zugeteilten Zertifikate waren ja auch nur der willkommene Anlass, die Preise anzuheben.

**Netzeitung:** *Könnte der Strompreis nicht einfach gesetzlich reguliert werden?*

**Kelber:** Das will Bundeswirtschaftsminister Michael Glos – bewirkt aber genau das Gegenteil.

### **«Dann investieren eben andere»**

**Netzeitung:** *Warum?*

**Kelber:** *Wenn der Staat beispielsweise eine Rendite von 15 Prozent für legitim hält und diese auf die Produktionskosten draufschlägt, dann mag ein Erzeuger das mit abgeschriebenen, zum Teil hochsubventionierten Altkraftwerken noch schaffen. Ein neuer Anbieter kann da nicht mithalten, weil die Anlaufinvestitionen zu hoch sind. Zu solchen Konditionen kann er nur mit Verlust bauen. Die Oligopolisten schaffen sich also mit dem Kosten-plus-Rendite-Prinzip Wettbewerber vom Hals und können danach wieder höhere Preise durchsetzen. Das Oligopol wird zementiert.*

**Netzeitung:** *Der VDEW fürchtet, schon die Diskussion über die Zerschlagung von Stromunternehmen gefährde geplante Investitionen, weil neue Anbieter darauf hoffen könnten, billig bei der Zerschlagung der Konkurrenz ein Kraftwerk abstauben zu können.*

**Kelber:** *Das ist Unsinn. Der neue Anbieter kennt den Preis nicht, und der würde in jedem Fall ein Marktpreis sein – in sofern wäre nichts gewonnen. Außerdem geht eine Enteignung nicht so schnell.*

**Netzeitung:** *Die Stromwirtschaft droht unterdessen mit einem Investitionsstopp, sollte die Bundesregierung stärker in den Markt eingreifen. Stehen wir bald im Dunkeln?*

**Kelber:** *Der Investitionsstopp ist eine leere Drohung: Wenn die Oligopolisten nicht investieren wollen, dann machen es eben andere.*

**Netzeitung:** *War es klug, nationale Champions wie beispielsweise Eon in ihrer Entwicklung zu unterstützen? Rächt sich das heute mit überzogenen Preisen?*

**Kelber:** *Nationale Champions sind nicht das Heilmittel. Eine simple Wirtschaftspolitik, die sich sagt 'Hauptsache wir haben auch einen nationalen Champion' ist falsch und wird teuer von Verbrauchern und Gewerbe bezahlt.*

*Mit Ulrich Kelber sprach Markus Scheffler.*

---

[Titelseite](#) | [Newsletter](#) | [Podcast](#) | [RSS-Feed](#) | [News im Web](#) | [Wetter](#) | [Archiv](#)

Alle Rechte © 2006 NZ Netzeitung GmbH